

ZUKUNFTSFORUM

für ein soziales und ökologisches Dortmund

Klimaschutz und Soziales sind unteilbar

Soziale Unsicherheit und die Klimakrise sind unsere wichtigsten Zukunftsherausforderungen. Umwelt- und Sozialpolitik dürfen wir nicht getrennt voneinander betrachten. Ärmere Menschen werden stärker von den Auswirkungen des Klimawandels belastet, obwohl sie weniger dazu beitragen. Wohlhabende Haushalte verbrauchen dagegen deutlich mehr Energie und Ressourcen. Zugleich profitieren sie überdurchschnittlich von klima- und gesundheitsschädlichen Subventionen. Für uns sind Klimaschutz und Soziale Gerechtigkeit unteilbar und sie dürfen unsere Gesellschaft nicht weiter spalten.

Es geht um Zeit: Jedes 1/10 Grad Erwärmung wird die Belastungen für alle steigern. Wir müssen schnell und umfassend handeln – global und lokal. Dabei geht es um Klimagerechtigkeit und eine Zukunft, die soziale Sicherheit garantiert. Extreme Ungleichheit muss bekämpft werden. Es dürfen nicht immer nur die Verbraucher*innen bestraft werden, in der Pflicht sind vor allem die Politik und in der Verantwortung die Hauptverursacher*innen, auch in der Wirtschaft

Mit neuen und effizienten Technologien allein werden wir die Klimakrise nicht abwenden. Unser neoliberales System ist darauf ausgelegt, Ungleichheit zu fördern, Ressourcen auszubeuten und den Energiebedarf zu steigern. Belastungen für Gesundheit, Klima und Umwelt werden dabei nicht eingepreist. Die Folgekosten müssen dann von der Allgemeinheit und unseren Kindern bezahlt werden. Wenn wir jetzt nicht radikal etwas ändern, dann werden die nächsten Generationen chancenlos mit unseren Hinterlassenschaften leben müssen.

Wie will ich leben?

Mit dem Zukunftsforum aktiv voranschreiten

Auch wir in Dortmund tragen eine Verantwortung. Nur wenn wir die Themen Klimaschutz und Soziales zusammenbringen, schaffen wir die nötige Akzeptanz und nehmen möglichst viele Menschen mit. Daher wäre es eine Maßnahme den **Klima- und Sozialnotstand** oder die Klima- und Sozialkrise gemeinsam auszurufen! Das Grundgesetz stellt die soziale Absicherung aller Bürger*innen (Sozialstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 1 GG) sowie auch den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG) in die Verantwortung des Staates. Sie sind also Ziele mit Verfassungsrang. Es ist also keine Frage des OB, sondern des WIE wir diese Herausforderungen angehen.

Wir möchten die verschiedenen Gruppen und Initiativen aus dem Bereich Klima, Umwelt und Soziales in einem Zukunftsforum zusammenbringen. Ein gemeinsames Forum gerade für diejenigen, die keine starke Lobby haben. Interessen von Großkonzernen und Eliten stehen viel zu oft über dem Gemeinwohl. Das muss ein Ende haben. Es gibt aber auch die historische Chance, den Wandel positiv zu gestalten, neue Wege zu gehen.

Wir bieten ein Forum, einen überparteilichen Zusammenschluss engagierter Menschen, die eine zukunftsfähige Politik befördern wollen. Sozial, ökologisch und klimagerecht. Wir wollen in dieser Runde Ideen entwickeln, uns vernetzen, gemeinsame Aktionen planen, voranschreiten. Dabei dürfen wir nicht nur den Notstand ausrufen, wir müssen aufklären, Politik unter Druck setzen und konkrete Maßnahmen einfordern.